

KIRCHE

Spitzname „Monsi“

Nachdem die Ingolstädter Staatsanwaltschaft Vorermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs eines Minderjährigen aufgenommen hat, sind weitere belastende Details über den bisherigen Augsburgener Bischof Walter Mixa, 69, bekannt geworden. So soll Mixa in seiner Zeit als Bischof von Eichstätt häufig junge Seminaristen des Priesterseminars „Collegium Willibaldinum“ mit in seine Privaträume im Bischofshaus eingeladen und mit ihnen gemeinsame Saunabesuche unternommen haben. Der Geistliche, der für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war und über seinen Augsburger Anwalt die Vorwürfe „mit aller Entschiedenheit“ zurückweisen ließ, soll, so heißt es in Kirchenkreisen, homosexuelle Neigungen gehabt haben. In der Szene wurde über seinen Spitznamen „Monsi“ – abgeleitet von Monsignore – gespottet. Schon seit längerem hatte auch im Kirchenmilieu darüber Verwunderung geherrscht, wie es Mixa gelang, auffallend viele junge Männer in seine Priesterseminare zu locken, selbst solche, die in anderen Bistümern als ungeeignet abgelehnt



Mixa

worden waren. Mixa, von 1996 bis 2005 Bischof in Eichstätt, hatte in öffentlichen Appellen jungen Seminaristen geraten, „auf sexuelle Kontakte, sei es mit Andersgeschlechtlichen oder Gleichgeschlechtlichen, zu verzichten“. Überdies hatte Mixa wiederholt die Lesben- und Schwulenparade „Christopher Street Day“ und Lebensgemeinschaften von Schwulen und Lesben kritisiert. Mixas mögliche sexuelle Verfehlungen sollen vorvergangene Woche bereits beim Gespräch zwischen dem Papst und drei ranghohen deutschen Kirchenvertretern in Rom eine Rolle gespielt haben, da man innerhalb der Augsburger Kirche offenbar schon länger darüber Bescheid wusste.

EUROPA

„Notwendiges Paket“

Der Bundestagsabgeordnete und hessische SPD-Generalsekretär Michael Roth, 39, über seine Entscheidung, gegen die Mehrheit seiner Fraktion für die Griechenland-Hilfen zu stimmen

SPIEGEL: Sie haben als einer von vier SPD-Abgeordneten für die Griechenland-Hilfen gestimmt. Warum?

Roth: Für mich war das eine ganz nüchterne Abwägung, was für Europa in dieser dramatischen Lage besser ist: als Oppositionspartei ein leider vergebliches Zeichen für eine weitreichende Regulierung des Finanzmarkts zu setzen, oder sich aus Solidarität mit Griechenland und der EU, aber auch aus wirtschaftlicher Vernunft klar hinter ein notwendiges Hilfspaket zu stellen.

SPIEGEL: Sie haben sich für das Zweite entschieden.

Roth: Weil ich es aus meiner europapolitischen Überzeugung heraus für sinnvoll halte, sich jetzt zu diesem schwie-

rigen Paket zu bekennen, das zudem in der Bevölkerung stark umstritten ist.

SPIEGEL: Der Rest der SPD-Fraktion besteht aus schlechten Europäern?

Roth: Es geht hier nicht um einen SPD-internen Wettbewerb, wer der beste Europäer ist. Mir ging es darum, trotz des desaströsen Krisenmanagements von Frau Merkel ein Zeichen zu setzen. Meine Fraktionskollegen halten die Hilfen ja auch für notwendig, sie haben nur eine andere Konsequenz gezogen.

SPIEGEL: Wie wird die Enthaltung der SPD in Griechenland und im restlichen Europa aufgenommen werden?

Roth: Zum einen wird deutlich: Mit Konservativen und Liberalen ist das internationale Finanzkapital nicht zu zügeln. Dafür braucht man Sozialdemokraten. Im Übrigen hat sich auch Sigmar Gabriel in seiner Rede zur europäischen

Solidarität bekannt. Hoffentlich werden diese Sätze nicht nur in Griechenland, sondern auch im übrigen Europa verstanden.

SPIEGEL: Hat die Fraktionsspitze Druck auf Sie ausgeübt, sich der Mehrheitsmeinung anzuschließen?

Roth: Auf mich nicht. Es gab vor der Abstimmung ein Gespräch zwischen Frank-Walter Steinmeier und mir. Ich hatte den Eindruck, dass er meine Argumente zumindest nachvollziehen kann. Aber ich kann es ihm nicht übelnehmen, dass er sich als Fraktionsvorsitzender um einen geschlossenen Laden bemüht.

SPIEGEL: Am Ende war er nicht ganz geschlossen. Schadet das der SPD?

Roth: Einer Handvoll sozialdemokratischen Abgeordneten war das eindeutige Zeichen Richtung Griechenland und Europa wichtiger als das Bekenntnis, dass man sich aus der Opposition heraus um überfällige Regulierungsinstrumente bemüht hat. Da ist das notwendige Maß an Geschlossenheit gewährleistet. Und so etwas muss die Europapartei SPD auch aushalten können.

SPIEGEL: Hätten Sie sich dieses Signal Richtung Europa auch von Ihrer Fraktionsspitze gewünscht?

Roth: Ich habe dafür in der Fraktion geworben, muss aber anerkennen, dass die weit überwiegende Zahl meiner Fraktionskollegen das anders gesehen hat. Offensichtlich war ich nicht überzeugend genug.



Roth

PICTURE-ALLIANCE / DPA

LOHNDUMPING

TNT-Betriebsrat greift Ministerin an

Der Betriebsrat des Briefzustellers TNT Post in Hamburg will rechtlich gegen die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan vorgehen. So soll der CDU-Politikerin die Behauptung untersagt werden, der Betriebsrat der Niederlassung sei „zu jeder Zeit partnerschaftlich“ in Tarifverhandlungen eingebunden worden. Hintergrund ist ein Streit um Arbeitsverträge, die Özkan im Jahre 2008 als Managerin des Postdienstleisters unterzeichnet hat. Nach Einschätzung des Arbeitsrechtlers Otto Ernst Kempen habe sie damit „Arbeitsverhältnisse am Rande der Legalität“ geschaffen (SPIE-



Özkan

GEL 18/2010). Die Politikerin hatte dies als „absurd und haltlos“ zurückgewiesen. „Absurd ist höchstens die Äußerung von Frau Özkan“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Gerhard Czerwinski, „wir wurden niemals in solche Verhandlungen eingebunden.“ Im Gegenteil habe sich der Betriebsrat dagegen gewehrt, als Özkan im Sommer 2008 die Beschäftigten dazu gedrängt habe, noch schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Sie habe sich damals zwar auf eine Vereinbarung mit der kaum bekannten Christlichen Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation berufen. Doch diese Organisation vertrete so gut wie keine Beschäftigten in Hamburg. Zudem prüft der Hamburger Rechtsanwalt Jan Michel Luckow für den Betriebsrat derzeit, ob die Gewerkschaft überhaupt berechtigt ist, solche Verträge abzuschließen.

AFGHANISTAN

Rinder für die Opfer

Angehörige der zivilen Opfer des Luftschlags vom 4. September vergangenen Jahres bei Kunduz will die Bundeswehr individuell mit durchschnittlich 4000 Euro je Todesfall entschädigen. In den kommenden Wochen soll das deutsche Feldlager in der nordafghanischen Provinzmetropole eine Versammlung von Dorfältesten aus der betroffenen Region Chahar Darreh einberufen, an der auch Vertreter der afghanischen Menschenrechtsorganisation AIHRC und der Internationalen Organisation für Migration teilnehmen sollen. Während des Treffens sollen die Angehörigen der zivilen Opfer und die bei dem Angriff Verletzten identifiziert und schnellstmöglich entschädigt werden. Das Budget von insgesamt 400 000 Euro für die Wiedergutmachung, die als Leistung „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“ gezahlt werden soll, kann laut einer Weisung des Einsatzführungsstabs als „finanzielle Leistung, auch in Raten, oder als Sach-

leistung“ abgewickelt werden. Im Gespräch sind zum Beispiel der Ankauf von Rindern für die Opferfamilien. Das Bundesverteidigungsministerium hatte kürzlich Verhandlungen mit zwei Bremer Anwälten, die eigenen Angaben nach Angehörige von knapp 80 Opfern vertreten, wegen der ungeklärten Mandatslage abgebrochen. Die beiden Juristen drohen nun, die Bundeswehr auf Schadensersatz zu verklagen. Aus dem Chaos um die Entschädigung der Opfer des Luftschlags vom 4. September sollen Lehren gezogen werden. Vor allem wird von der Leitung des Verteidigungsministeriums moniert, dass das Feldlager nach dem fatalen Luftschlag auf zwei von den Taliban gekaperten Tankklaster mit bis zu 142 Toten nicht eigenständig die Identitäten von möglichen zivilen Opfern recherchiert hat. So traf die später über die Anwälte vorgebrachte Forderung das Ministerium unvorbereitet. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat angeordnet, den nun beschlossenen Weg für die individuelle Wiedergutmachung möglichst noch in der ersten Jahreshälfte zu begehen.

NAHOST

Berlin wertet Palästinenser auf

Im Nahostkonflikt stärkt die Bundesregierung den Palästinensern den Rücken. In der kommenden Woche wird der palästinensische Premierminister Salam Fajad zusammen mit fünf seiner Minister zu zweitägigen Gesprächen in Berlin erwartet. Das erste Treffen des sogenannten deutsch-palästinensischen Lenkungsausschusses ist als Gegenstück zu den gemeinsamen deutsch-israelischen Kabinettsitzungen gedacht. Fajad und seine Minister wollen am Dienstag zunächst Gespräche mit Außenminister Guido Westerwelle und den deutschen Amtskollegen führen. Am Tag darauf empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel den palästinensischen Regierungschef im Kanzleramt.

Im Auswärtigen Amt hieß es, die Bundesregierung messe dem Treffen große Bedeutung bei. Die Palästinenser sollten beim Aufbau staatlicher Strukturen unterstützt werden. Diese seien ein zentraler Bestandteil einer Friedenslösung im Nahen Osten. Ebenso wie die Gespräche mit Israel soll auch der Lenkungsausschuss jährlich stattfinden. Das nächste Treffen ist im Westjordanland vorgesehen. Merkel war jüngst erstmals auf Distanz zu Israel gegangen. Die Ankündigung der Regierung von Benjamin Netanjahu, neue Wohneinheiten im annektierten Ost-Jerusalem zu bauen, nannte sie einen „schweren Rückschlag“ für den Friedensprozess. Auch persönlich hat Netanjahu die deutsche Kanzlerin verärgert, weil er ein vertrauliches Telefonat öffentlich als positiv darstellte.



Trauerfeier für Opfer des Kunduz-Luftschlags